

Hajo Zenker

Das teure Lieblingsprojekt der CSU



Nach längerem Hin und Her lichtet sich der Nebel: Nun soll nach den Vorstellungen des CSU-Bundesverkehrsministers jeder Autofahrer für die Benutzung jeder deutschen Straße zahlen – und nicht nur der Autobahnen. Dabei soll es aber keinen einheitlichen Betrag geben, sondern eine Staffelung nach Umweltverträglichkeit. Das so eingekommene Geld wiederum, die Zielgröße wurde deutlich aufgestockt, soll in das Straßennetz investiert werden. Weshalb die Maut nicht mehr Maut heißen soll – sondern Infrastrukturabgabe.

Nun stimmt es ja, dass der Zustand vieler Straßen schlecht ist. In Brandenburg befindet sich jeder zweite der 5800 Kilometer Landesstraßen in einem traurigen Zustand. In anderen Bundesländern sieht es ähnlich oder schlimmer aus. Allerdings sprudeln die Steuerquellen auch ohne Maut wie noch nie. Und speziell von 53 Milliarden Euro Mineralöl- und Mehrwertsteuer, die beim Tanken anfallen, wird nur ein Viertel für Straßen ausgegeben. Dabei gilt: Wer viel fährt, zahlt viel. Pro Liter Benzin gehen bei einem Preis von 156,9 Cent 90,8 Cent an den Staat. Da muss man sich über die Forderung, die Autofahrer müssten endlich ernsthaft an den Kosten

der Infrastruktur beteiligt werden, sehr wundern. Der Autofahrer zahlt seit Jahren – die Politik hat die Milliarden aber lieber woanders ausgegeben.

Natürlich kann man sich wie die CSU fragen, ob nicht Ausländer für die Benutzung unserer Wege zahlen sollten. Das wäre zwar eine Frage der Gerechtigkeit – aber nicht des Geldes: Der Anteil der Ausländer am deutschen Verkehr liegt bei fünf Prozent. Wäre die Maut, wie versprochen, für die Deutschen kostenneutral, hielten sich die Einnahmen in Grenzen. Zudem muss für die Vignette eine Bürokratie aufgebaut werden. Was soll da bei den bröckelnden Straßen ankommen?

Zudem scheint es undenkbar, dass die EU-Kommission einer Maut zustimmt, die für die Deutschen durch Absenkung der Kfz-Steuer ausgeglichen wird. Und Holland und Österreich haben schon mit Klage gedroht, falls Brüssel doch einknickte sollte. Natürlich gibt es einen einfachen Weg, wie man Ärger mit der EU vermeidet: Auf Erleichterungen bei der Kfz-Steuer wird verzichtet. Dann hat die CSU ihre Maut – aber keine Ausländer-Maut. Dann zahlen alle Straßennutzer – und das sind in allererster Linie deutsche Autofahrer.

Das Geld ist weg

Gemessen am Gesamtumsatz der Deutschen Bahn von um die 40 Milliarden Euro sind die 40 Millionen Euro, die das Unternehmen wegen verspäteter Züge 2013 an die Kunden zurückzahlen musste, nicht allzu viel – um das Wort Peanuts zu vermeiden. Gemessen an den Sorgen, die sich viele Brandenburger um die Erhaltung von Bahnhöfen und Haltestationen machen, sind 40 Millionen Euro allerdings eine gigantische Summe.

Damit ließe sich etwas anfangen. Selbst wenn das Geld nicht in alte Gemäuer und Bahnsteige investiert würde, weil Demografie und veränderte Mobilitätsprofile nunmal Kor-

rekturen erzwingen, sondern für die Entwicklung alternativer Verkehrsangebote zur Verfügung stünde, dann wäre das – um das Mindeste zu sagen – nicht schlecht.

So aber bezahlt die Bahn seine Rekordstrafe für nicht erbrachte Leistungen. Das Geld ist weg. Ob dafür allein oder hauptsächlich die Unwetter des vergangenen Jahres ursächlich sind, wie der Konzern behauptet? Die tägliche Erfahrung etwa im Berlin-Brandenburger Raum, aber auch im Fernverkehr lassen daran zweifeln. Die Bahn hat ein Problem, das nicht nur darin besteht, dass auch sie übers Wetter reden muss. GÜNTHER MARX

Verletzung mit Ansage

Wer die üble Treterei im Viertelfinale der Fußball-WM zwischen Brasilien und Kolumbien sah, der fragte sich, warum Schiedsrichter Carlos Velasco nicht einschritt. Die Verletzung von Neymar war nur die logische Folge einer viel zu laschen Spielführung, die beide Seiten weidlich ausnutzten. So durfte Brasiliens Fernandinho achtmal (!) Kolumbiens Jungstar James Rodríguez foulen, ohne dass er die Gelbe Karte sah.

Dementsprechend groß war die Kritik am Unparteiischen. Doch Velasco setzte nur die Vorgaben des Weltverbandes um, der anwies, nur im Notfall Gelbe Karten zu vertei-

len. Mit der Folge, dass taktische Fouls – in der Bundesliga häufig mit Gelb bedacht – praktisch folgenlos blieben.

Der Grund für die FIFA-Vorgaben ist ein hausgemachter. Denn der Weltverband will, dass die Stars in der entscheidenden Phase auch mittun können und keine Gelbsperre absitzen müssen. So hätte etwa Neymar keine zweite Verwarnung sehen können. Warum die FIFA dann aber nicht erst nach der dritten oder vierten Verwarnung eine Gelbsperre anordnet, anstatt das Fußballspiel elementar zu verändern, bleibt eines der großen Geheimnisse, das den Weltverband umgibt. PHILIPP KAISER

Gesagt ist gesagt



„Wenn wir jetzt nicht handeln, sagt das Auto bald vor Gericht gegen uns aus.“

Renate Künast (Grüne) über Datenschutzprobleme angesichts der Vernetzung von Informations- und Datensystemen im Auto

„Es ist organisierte Kriminalität und kein Glaubenskrieg“

Der Afrika-Experte Werner Ruf über Terror, Religion als Deckmantel und wirtschaftliche Interessen

Mit der Verschleppung von Dutzenden Schülerinnen haben die Islamisten von Boko Haram in Nigeria ihren „terroristischen Marktwert“ gesteigert. Afrika-Kenner Werner Ruf erklärt, warum religiöse Beweggründe als Erklärung für viele Terrorgruppen zu kurz greifen. Mit ihm sprach JOANNA STOLAREK.

Herr Ruf, was ist in Afrika los?
Was in Afrika seit der sogenannten Unabhängigkeit passiert ist, ist einfach eine extreme Form von Ausbeutung, Ausplünderung und Verarmung. Was nun auf dem Kontinent geschieht, sind die Reaktionen darauf. Dazu gehören die Flüchtlingsströme aus Afrika, wo man nicht mehr überleben kann, weil durch Landenteignung und klimabedingte Dürre den Menschen die Lebensgrundlage genommen wird. An den Börsen wird mit dem Land spekuliert, und die Menschen haben nichts mehr zu essen. Wir machen eine falsche Lektüre der aktuellen Konflikte, indem wir versuchen, sie alle religiös zu deuten. Dahinter stecken aber soziale und ökonomische Ursachen.

Sie meinen also, dass der Terrorismus etwa von Boko Haram in Nigeria und Al-Shabaab-Milizen in Somalia nichts mit der Religion zu tun hat?

Montags-INTERVIEW

All den Gruppen ist gemein, dass sie mit dem Glauben haasieren gehen, egal ob mit einem militanten Islamismus wie Boko Haram und Al-Shabaab oder mit einem kruden Christentum wie die Gruppe Lord's Resistance Army (LRA) von Joseph Kony. Sie instrumentalisieren die Religion als ein Kampfmittel und Mittel der Identifikation. Im Grunde genommen sind es kriminelle Banden, die unter dem Deckmantel der Religion arbeiten. Es ist organisierte Kriminalität und kein Glaubenskrieg. So kämpft zum Beispiel die somalische Al-Shabaab seit Jahren offiziell dagegen, dass „ungläubige“ kenianische Truppen ins Land einmarschiert sind. In Wahrheit geht es darum, dass die Kenianer etwa einen wichtigen somalischen Hafen besetzt haben – und dieser ist für das Geschäft der Terroristen existenziell. Von dort organisieren sie ihren Schmuggel.

Also was auf den ersten Blick so aussieht wie ein Glaubenskrieg, ist gar keiner?

Wann immer es um Konflikte, Terror und Gewalt in Afrika geht, werden die Analysen sehr oft auf religiöse oder ethnische Gründe wie Stammesfehden zurückgeführt. Diese spielen, wenn überhaupt, meist nur eine untergeordnete Rolle. Zieht man den



Sagt Afrika eine düstere Zukunft voraus – wenn die Politik sich nicht ändert: Werner Ruf Foto: Tanja Hochreuther

islamistischen Terrorgruppen gibt es vom Staat. Doch das fließt nicht in die Ausrüstung oder den Sold der Truppen, sondern in die Taschen der Provinzherrscher, Politiker, Militärs und Waffenkäufer. Aus deren Sicht wäre es also kontraproduktiv, Boko Haram zu bekämpfen, denn deren Existenz ist Grundlage für Profite. Aber auch viele Länder zögern, denn sie nehmen an den Verteilungskämpfen um die Rohstoffe teil. Daran sind, vor allem im Ost-Kongo, Europäer, die USA und China beteiligt.

Die Terror-Gruppen sind auch Gewinner dieser Strukturen?
Ja, auf jeden Fall. Die Banden sind sehr gut im Geschäft. Die Gruppe Al-Kaida im islamischen Maghreb ist auf Entführungen spezialisiert. Die Banden kontrollieren auch die größte Drogenstraße der Welt, die von Kolumbien nach Westafrika durch die Sahara ins Mittelmeer und nach Europa führt – und sie knüpfen Geld von den Flüchtlingen aus Schwarzafrika ab, die irgendwie durch die Sahara kommen müssen. Das geht ohne Schutzgelder nicht. Die Banden sind große Wirtschaftsunternehmen. Mit der Entführung der Mädchen hat zum

Beispiel Boko Haram ihren Marktwert gesteigert: Je bekannter eine Terrortruppe ist, desto höher fällt das Lösegeld aus. Deswegen ist etwa Al-Kaida zu einem Erfolgslabel geworden, das sich in der Sahara und in der Sahelzone immer mehr regionale Terrorgruppen aufkleben – egal, ob sie was mit dem Netzwerk zu tun haben.

Was kann man denn tun?
Man soll genauer hinschauen und die Probleme nicht leichtfertig zum religiösen Krieg erklären. Eine europäische Politik, die es ernst meinen würde, sollte aufhören, sich ihre korrupten Staatsführer zu produzieren und mit ihnen zusammenzuarbeiten. Die Formel unseres Bundespräsidenten Joachim Gauck, wir müssen mehr Verantwortung für Afrika tragen, wird dem nicht gerecht. Die USA und die EU können noch so viele Bodentruppen schicken, Verteidigungsministerin von der Leyen kann auch Bundeswehrsoldaten nach Afrika abkommandieren – das Terrorproblem wird damit nicht bekämpft. Denn es handelt sich bei den meisten Gruppen um organisierte Kriminalität, die sich terroristischer Mittel bedienen. Verbrechen be-

kämpft man aber nicht militärisch, sondern mit einem funktionierenden Sicherheitsapparat und mit der Verbesserung der sozialen Verhältnisse. Und das ist nicht im Interesse der großen Konzerne. Wenn man an Ostkongo denkt, wo gekämpft, geschlachtet, vergewaltigt und gemordet wird: Das interessiert nicht. Denn dort sind die Banden damit beschäftigt, das Erz Coltan aus der Erde zu holen, das wir für Handys und Computer brauchen. Und dann spricht man darüber nicht. Über andere schon, wie Zentralafrika. In Niger gab es mörderische Anschläge auf die Minen des französischen Nuklearkonzerns Areva, also muss man jetzt das Uran in der Zentralafrikanischen Republik sichern. Das sind die wahren Gründe.

Verteidigungsministerin von der Leyen will mehr Engagement in Afrika. Bringen die humanitären Einsätze etwas?

Eindeutig nein. Was ist denn in Mali besser geworden, seit die Franzosen einmarschiert sind? Was ist denn in Afghanistan geschehen? Im Irak? Von Libyen ganz zu schweigen. Man hat die Reste der Staatlichkeit zerstört und damit das Tor geöffnet für die Aktivitäten dieser Banden. Wenn wir etwas ändern wollen, müssen wir es bei uns ändern. Sonst zerstören wir Afrika endgültig. Wir müssen dafür sorgen, dass dieser Kontinent nicht von einigen Konzernen als Objekt der Plünderung betrachtet wird. Hier widerspricht sich allerdings kurzfristiges Profitinteresse mit langfristigen entwicklungspolitischen Zielen.

Was ist die Lösung?

Man muss die Entwicklungspolitik ändern, die nicht primär auf die hiesigen Interessen ausgerichtet ist, auf Exportinteressen und Rohstoffplünderung. Den Staaten selbst muss – auf selbstbestimmter, demokratischer Basis – die Chance zur eigenen Entwicklung gegeben werden. Jetzt ist die Entwicklungshilfe vor allem darauf ausgerichtet, Afrika zur verlängerten Werkbank zu machen, Niedrigstlöhne auszunutzen und durch den Freihandel dafür zu sorgen, dass unsere Produkte dort besser vermarktet werden. Die Ansätze zur Entwicklung eines Textilsektors in Afrika sind beispielsweise durch die EU-Exporte vernichtet worden, ähnlich ist es in der Landwirtschaft.

Zur Person

Werner Ruf (77) ist pensionierter Professor für Internationale und intergesellschaftliche Beziehungen und Außenpolitik. Er lehrte an den Universitäten Freiburg, Aix-en-Provence und Kassel. Der Schwerpunkt seiner Forschung ist Nordafrika. (stoj)

Leserbriefe an die Redaktion

E-Mail-Adresse: leserbriefe@moz.de

Anpassung des Stromnetzes ist nötig

Zu „Eigenstromprojekte werden bestraft“ (Ausgabe vom 28./29. Juni):

Auch auf Betreiben der Grünen wurden mit beispielloser öffentlicher Förderung die erneuerbaren Energien angeschoben. Zunehmend als Problem erwies sich aber die starke und nicht erwartete Inanspruchnahme der Fördermöglichkeiten. Nun passiert es häufiger, dass weit mehr erneuerbare Energie produziert wird, als abgenommen werden kann. Zugesagte durchschnittliche Entgelte werden den Anlagenbetreibern trotzdem gezahlt.

Aus solchen Gründen musste die öffentliche Förderung nun zurückgenommen werden, damit der Strompreis nicht weiter stark ansteigt. Vielmehr muss das der-

zeitige Energieversorgungssystem für höhere Anteile erneuerbarer Energien an der Stromversorgung angepasst werden!

MARTIN PATZELT
Frankfurt (Oder)

Vorschlag abgelehnt

Zu „Von der Leyen plädiert für Kampfrohren“ (Ausgabe vom 2. Juli):

Verwechselt Frau von der Leyen das deutsche Parlament etwa mit einer Institution, die in Zukunft über jeden Schuss, der aus einer Waffe eines deutschen Soldaten eventuell abgegeben werden könnte, zu beraten und zu befinden hat? Ein Schuss aus einer Drohne ist der gleiche Vorgang!

Wie weit muss sich eine Ministerin noch vom gesunden

Menschenverstand entfernen? Hoffentlich entscheidet diese Frau nicht wirklich über so wichtige Fragen! Sie sollte lieber nachfragen, wann endlich amerikanische Kernwaffen aus Deutschland in das Ursprungsland transportiert werden.

HERBERT WAGNER
Schwedt

Krieg fordert immer Opfer

Zu „Linken-Abgeordneter beleidigt Gauck“ (Ausgabe vom 25. Juni):

Wie kann der Bundespräsident für die Kriegsbeteiligung unserer Männer, Söhne und Enkel werben? Sicherlich ist „Kriegshetzer“ ein unpassendes Wort, aber der Fakt bleibt. In der ehemaligen Nationalhymne hieß es: Alle Welt sehnt sich nach Frieden, reicht den Völkern eure Hand... Ob es sich um einen Angriffs- oder Verteidigungskrieg handelt, ist egal: Opfer fordern beide.

JENNY KUBA
Oranienburg

Unterschiedliche Werte und Ansichten

Zu „Frankreichs Burka-Verbot ist rechtens“ (Ausgabe vom 2. Juli):

Der europäische Gerichtshof hat aus meiner Sicht erstmalig eine richtungsweisende Ent-

scheidung getroffen, die nicht nur in Frankreich sondern in ganz Europa umgesetzt werden sollte. Und den Vertretern von muslimischen Organisationen sei gesagt: Kein Muslim wird gezwungen, hier in Europa seine Ideologie des Islam in dieser Form auszuüben.

Europa hat eine andere, vielfältige Kultur, Geschichte, Religion, die nicht unbedingt kompatibel mit dem Islam ist. Europa hat andere Werte und Menschenrechtsansichten, als es diese in islamischen Ländern gibt. Und das ist gut so.

THOMAS WEISKE
Strausberg

Die abgedruckten Leserbriefe sind keine redaktionellen Meinungsäußerungen. Die Redaktion behält sich das Recht auf Kürzung vor.